



UNVERKEHRT.DE

Politik und mehr aus Kalletal und Lippe

Gedankensplitter Oktober 2016 (1)

Nutzung des Technischen Rathauses oder „Momo“, die unendliche Geschichte (Fortsetzung, Teil 4!)

Die „unendliche Geschichte“ scheint wirklich unendlich zu sein.

Der vorläufig letzte Akt der Aufführung zu diesem Thema von Verwaltungsspitze und der Mehrheit des Rates am 29.09.2016 war wieder mal... gruselig. Ein anderes Wort für diese Beratungen fällt mir leider nicht ein. Halt-Stopp,“ Possenspiel“ könnte man das auch noch nennen!

Bisher:

Auf Antrag von Bündnis90/Die Grünen fasste der Rat im Dezember 2015 einstimmig folgenden Beschluss:

Das Gebäude des Technischen Rathauses der Gemeinde Kalletal, Herforder Straße 11, wird zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge genutzt.

Der Fachbereich IV – Planen und Bauen zieht in das Gebäude des Rathauses der Gemeinde Kalletal, Rintelner Straße 3 um.

Offenbar hat es vor diesem Beschluss keinerlei Prüfung der Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit, Machbarkeit usw. gegeben. Bereits im März 2016 beantragte die SPD-Fraktion eine neue Beratung, weil inzwischen ernsthafte Zweifel an der Richtigkeit des Beschlusses aufkamen. Die Verwaltung kündigte unabhängig davon eigenständig schon mal den Mietvertrag mit dem Lippe- Jobcenter im Rathaus an der Rintelner Straße. Der Auszug des Jobcenters folgte kurz danach.

Am 04.07.2016 beantragte die UKB-Fraktion alle bisherigen Planungen zu stoppen und neu zu beraten, auch weil seitens der Verwaltung keinerlei Kosten und weitere negative Auswirkungen des Beschlusses aus Dezember 2015 dargelegt werden konnten. Ende September (nach ca. 12 Wochen) kam der UKB-Antrag auf die Tagesordnung des Hauptausschusses und des Rates Ende September. (siehe hierzu auch Gedankensplitter Juli 2016 (1u.3), September 2016(2))

Die Vorlage des Bürgermeisters enthält weiterhin keinerlei Angaben über die Kosten (notwendige Umbauten, Brandschutz, Aktenräume, Folgekosten, Betriebskosten usw. usw.) die durch den Umzug der Bauabteilung entstehen

Aber immerhin: Der Bürgermeister schlägt vor, den ersten Teil des Beschlusses „Nutzung des Technischen Rathauses zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge“ aufzuheben.

Die Entwicklung:

Der Hauptausschuss stimmte mit großer Mehrheit dem Vorschlag des Bürgermeisters zu. (11 ja, 1 Nein, 1 Enth.)

Nun gingen alle davon aus, dass das Thema „Flüchtlinge im Technischen Rathaus“ vom Tisch sei. Weit gefehlt, im Rat kam alles anders.

Bericht aus der Ratssitzung:

Die UKB-Fraktion beantragte, den gesamten Beschluss aus Dezember 2015 aufzuheben, auch den zweiten Teil „Der Fachbereich IV – Planen und Bauen zieht in das Gebäude des Rathauses der Gemeinde Kalletal, Rintelner Straße 3 um“. Die UKB begründete den Antrag mit den hohen Kosten. Diesen Antrag stellte auch ein in Rechtsfragen bewandertes Abgeordneter der SPD aus Gründen der Rechtssicherheit. Diese Anträge kommentierte der Bürgermeister sinngemäß damit, dass er beleidigt ankündigte, solche Beschlüsse zu beanstanden. Der Rat sei hierfür nicht zuständig.

Die Unterbringung der Bediensteten der Verwaltung sei allein seine Organisationshoheit.

Diese Ankündigung bzw. Drohung ruft die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der CDU auf den Plan. Beide sind sich plötzlich nicht mehr ganz sicher, ob das Technische Rathaus nicht doch noch für Flüchtlinge gebraucht wird, obwohl das vor zwei Tagen für sie im Hauptausschuss noch völlig unstrittig war.

Die UKB- Fraktion war über die „Beanstandungsdrohung“ durchaus verwundert und konnte nicht nachvollziehen, warum der Bürgermeister selbst im Dezember 2015 einen Beschlussvorschlag für den Rat macht, für den der Rat nun angeblich nicht zuständig sein soll. Eine schlüssige Antwort darauf hatte der Bürgermeister nicht.

Die Verwirrung bei allen Entscheidungsträgern war groß!

Der Bürgermeister ließ über den Antrag, den gesamten Beschluss aufzuheben, abstimmen. Es war offensichtlich, dass viele Ratsmitglieder nicht genau wussten, über was sie abstimmten. Das kann auch anhand der großen Zahl der Enthaltungen abgelesen werden. Es verwundert aber durchaus, wenn ein Fraktionsvorsitzender unmittelbar nachdem er seine Hand gegen etwas erhoben hat, den Bürgermeisters nach den Auswirkungen seiner Abstimmung fragt.

So schwer war das nicht. Falls doch, besser vor der Abstimmung fragen!

Die Zukunft:

Ungewiss?? Der Rat hat nun erneut beschlossen, dass das Technische Rathaus für die Unterbringung von Flüchtlingen umgebaut wird und das Bauamt in das Gebäude Rintelner Straße 3 umzieht. Dafür gibt es keine Notwendigkeit, denn es gibt ausreichend bereits vorhandene Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Das weiß auch die Verwaltung. Auch müsste der Verwaltung zwischenzeitlich klar sein, dass der Umzug des Bauamtes völlig unsinnig und unwirtschaftlich ist, zumal Teile des Gebäudes weiterhin benötigt werden. Sonst hätte die Verwaltung dem Rat längst die mehrfach geforderte **vollständige Kosten-Nutzenanalyse** vorgelegt.



Um Schaden von der Gemeinde abzuwenden, müsste der Bürgermeister den Beschluss beanstanden, auch seinen eigenen Beschlussvorschlag aus Dezember 2015.

Wir sind gespannt, wann und wie dieses Spiel beendet wird.

Auch bei der vollmundig angekündigten Vermietung des Technischen Rathauses musste der Bürgermeister inzwischen zurückrudern. Wie wir bereits befürchtet haben, handelt es sich um ein Unternehmen, welches auch von der Gemeinde finanziert wird. (Kommunales Rechenzentrum) Ob und welche Räumlichkeiten dieses Unternehmen nun anmietet, ist noch völlig offen. Der Bürgermeister spricht neuerdings von Räumen im Schulzentrum. (AS191016)